

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
12/2013*



Liebe FreundInnen!

am 03. Dezember kam der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Diskutiert wurde über die budgetäre Situation Österreichs und die Hypo Alpe Adria.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Dienstag, 3. Dezember, trat der Nationalrat auf Verlangen der FPÖ und der Grünen zu einer Sondersitzung zusammen. Im Rahmen einer Dringlichen Anfrage der FPÖ wurde die budgetäre Situation Österreichs debattiert. Im Anschluss standen Anträge der Opposition für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Hypo Alpe Adria auf der Tagesordnung.

Bundeskanzler Werner Faymann stellte einmal mehr unmissverständlich klar, dass die **österreichischen Staatsfinanzen stabil** sind und Österreich im Budgetvollzug das vierte Jahr in Folge erfolgreicher ist als veranschlagt. Er kritisierte scharf, dass manche den **Unterschied** zwischen **tatsächlichem Budget und Prognosen** für Polemiken nutzen. Überdies unterscheiden sich selbst Prognosen signifikant voneinander, die nahezu zeitgleich herausgegeben wurden, wie etwa jene der OECD und des WIFO Anfang November. Selbstverständlich aber muss in der **Budgetplanung reagiert** werden, wenn sich in der Realität Abweichungen zur Vorschau einstellen oder einzustellen drohen.

Faymann erinnerte weiters daran, wie **gut** der **Budgetvollzug** die letzten vier Jahre funktioniert hat. Seit 2010 war das **Ergebnis immer besser als der Voranschlag**. 2010 wurden 4,7 Prozent veranschlagt und bei 4,5 Prozent abgeschlossen – also um 0,2 Prozent besser. Auch 2011 und 2012 ist jeweils ein um 0,7 Prozent besserer Abschluss gelungen. Diese positiv zu wertenden Abweichungen sind **richtigen Schätzungen, harter Arbeit und sinnvollen Sparmaßnahmen** geschuldet. "Österreich hat trotz Wirtschaftskrise und damit einhergehender geringerer Einnahmen und Folgekosten wirklich **verlässliche Budgets** gemacht", so der Kanzler.

SPÖ-Klubobmann **Andreas Schieder** betonte die **gute wirtschaftliche Lage Österreichs** im internationalen Vergleich. Er unterstrich seine Ausführungen mittels internationaler Bewertungen, wie der von Professor Dani Rodrik von der Princeton-New Jersey-University: „Rodrik sieht Länder wie Österreich als **the real heroes of world economy**“, weil wir es geschafft haben, Wirtschaftswachstum nicht mit einem explodierenden Schuldenstand zu beantworten, sondern durch eine Schaffung **stabiler Arbeitsmärkte** in Kombination mit einer **Budget-Konsolidierung**“, so Schieder. Die Weltwirtschaftskrise ist nicht vorbei und zeigt weiterhin ihre Auswirkungen wie vor allem durch ein **schwaches Wirtschaftswachstum**. Die **SPÖ** hat sich stets dem Thema Beschäftigung angenommen und den **Kampf gegen die Arbeitslosigkeit** geführt. Politik muss genau hier ansetzen und Maßnahmen entwickeln, um den **schlechten Budget- und Wirtschaftsprognosen entgegenzuwirken**.

SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek betonte, dass Lösungen für die Bevölkerung wichtiger sind als diverse Zahlenspiele der Opposition. Heinisch-Hosek erinnerte auch daran, was in den letzten fünf Jahren passiert ist und dass die Bundesregierung den „**Tanker Österreich**“ **gut durch diese ganz schwierigen Zeiten gesteuert** hat. Es gilt, für die Zukunft gerüstet zu sein und mit den **budgetären Herausforderungen** maßvoll umzugehen und Einsparungen zu tätigen, ohne dass Großteile der Bevölkerung zu leiden haben. „Wir haben **gemeinsam viel weitergebracht** und wir wollen auch in den nächsten Jahren mit vielen Ideen **gemeinsam für die Menschen arbeiten**“, sagte Heinisch-Hosek.

Heftige **Kritik an der FPÖ** übte **Sozialminister Rudolf Hundstorfer**. „Sagen Sie doch die Wahrheit: Sie wollen eine **abgeschottete Republik Österreich**, kein vereintes Europa“, empörte sich der Sozialminister. „Der Weg, den Sie einschlagen, bedeutet den **Zerfall der Gesellschaft**“, kritisierte Hundstorfer. Die SPÖ nehme ihre **Verantwortung** gegenüber den Menschen, gegenüber der Republik wahr. Zur Budgetdebatte und Verwaltungsreform bekräftigte Hundstorfer, dass er den **größten Teil der Vorschläge des Rechnungshofes umgesetzt** habe.

Einstimmig angenommen wurde ein **Sechs-Parteien-Antrag** zum **Salzburger Flughafen**. Hiermit soll **Verkehrsministerin Doris Bures** bei ihrer **Initiative gegen die angedrohte Verordnung des deutschen Verkehrsministers Peter Ramsauer**, der den Flugbetrieb am Salzburger Flughafen einschränken will, unterstützt werden. Die geplante Verordnung des deutschen Verkehrsministers, den Flugbetrieb einzuschränken, wäre nicht nur ein **Schaden für den Salzburger Tourismus und die Wirtschaft**, es wären auch rund **1.500 Arbeitsplätze** in der Region **gefährdet**. In Zeiten, in denen um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden muss, will der **österreichische Nationalrat Ministerin Bures** in ihrem Vorhaben **bestärken**, gegen die Verordnung des deutschen Verkehrsministeriums aufzutreten. Der **nächste Gesprächstermin** der österreichischen Verkehrsministerin Bures mit dem deutschen Verkehrsminister Ramsauer (CSU) wird am 5. Dezember in Brüssel stattfinden.

Im Rahmen einer **Kurzdebatte** zur **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** zur **Hypo Alpe Adria** betonte SPÖ-Abgeordneter **Hermann Lipitsch**, dass die **SPÖ für Transparenz und Aufklärung** stehe, dass aber im **Land Kärnten** bereits ein **Untersuchungsausschusstätig** war, um die **politische Verantwortung** rund um die Vorgänge bei der Hypo Alpe Adria zu klären. Klar wandte sich Lipitsch auch **gegen Spekulationen**, das Bundesland **Kärnten in Konkurs** zu schicken. Ein solcher **Konkurs betreffe** vor allem auch **Gemeinden und Betriebe** und habe somit direkt **negative Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**. Die Anträge zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fanden keine Mehrheit.

Veranstaltungen

EU-Ost-Gipfel in Vilnius

Vom 27. bis 29. November fand im litauischen Vilnius ein Gipfeltreffen der EU mit ihren osteuropäischen Partnerländern statt. Neben den Staats- und Regierungschefs trafen sich auch die Vorsitzenden der nationalen außenpolitischen Ausschüsse.

Da in Österreich nach den Wahlen noch kein neuer Ausschussvorsitzender gewählt worden ist, bin ich als außenpolitische Sprecherin der größten Partei im Nationalrat nach Vilnius gereist.

Das beherrschende Thema des Gipfels war natürlich die Zukunft der Beziehung zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Die ukrainische Regierung hatte kurz vor dem Gipfeltreffen dem massiven russischen Druck nachgegeben und erklärt, das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU vorerst nicht unterzeichnen zu wollen.

Während der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des ukrainischen Parlaments, Vitaliy Kalyuzhnyi, argumentierte, Präsident Janukowytsch habe das Abkommen wegen noch bestehender inhaltlicher Mängel nicht unterzeichnen wollen, zeichnete Boxweltmeister und Oppositionspolitiker Vitali Klitschko (Bild) ein anderes Bild. Seiner Ansicht nach habe Präsident Janukowytsch die Wünsche der Bevölkerung nach einer demokratischen, rechtsstaatlichen und EU-orientierten Entwicklung ihres Landes den eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen geopfert.

Die Vertreter des europäischen Parlaments und die nationalen Ausschussvorsitzenden äußerten ihr tiefes Bedauern, dass das gemeinsame Abkommen noch nicht auf dem Gipfel in Vilnius unterzeichnet wurde. Das massive und erfolgreiche intervenieren von russischer Seite, zeige wie wichtig eine kohärente gemeinsame Außenpolitik der EU sei. Die Tür zu einer engeren Partnerschaft für die Ukraine werde offen gehalten und man hoffe, dass die Ukraine zu einem späteren Zeitpunkt doch noch hindurch treten werde.

Neben der Ukraine gab es aber auch positive Entwicklungen in der Partnerschaftspolitik der EU. Georgien und die Republik Moldau haben auf dem Gipfel ihre Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Damit werden beide Länder nun ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der EU weiter intensivieren können.



Regierungsverhandlungen: Kapitel EU- und Außenpolitik abgeschlossen

Während in anderen Politikbereichen noch kleinere und größere Hürden genommen werden müssen, konnten die Verhandlungen über die zukünftige EU- und Außenpolitik, an denen auch ich teilgenommen habe, bereits abgeschlossen werden. Das endgültige Ergebnis wird natürlich erst am Ende der gesamten Verhandlungen veröffentlicht, aber in diesem [Artikel aus der Presse](#) kann man schon ein paar der Eckpunkte nachlesen.

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at